

noch keine "Demokratie leisten". Aber die Parteimitglieder, dieses "fortgeschrittensten Elemente innerhalb der fortgeschrittensten Klasse"-hier ist natürlich "breiteste Demokratie zulässig". Oder nicht? Beweist nichtgrade die Existenz solcher Gruppe wie die "Arbeiteropposition", dass der kleinbürgerliche Einfluss auch die Partei durchsetzt? Sind doch auch in der Partei und ~~die~~ auch die in der Partei organisierten Arbeiter halbbäuerlich in ihrer Ideologie. Eben haben noch 30% der Petersburger Organisation mit den Aufständlichen der Kronstädter Flotte gemeinsame Sache gemacht-Nein es versteht sich, auch hier ist die Demokratie nur mit grösster Vorsicht anzuwenden. Und der X. Parteitag fand die richtige Dosierung. Er beschloss, dass in der Partei zwar "breiteste Demokratie und Kritik von unten bis oben herrschen dürfe- a b e r mit zwei "Einschränkungen". 1) Die Kritik dürfe sich niemals entwickeln in Form irgendwelcher "politischen Plattform" 2) sie dürfe nicht zur Bildung von Gruppen oder Fraktionen in der Partei führen. Im übrigen aber herrsche volle "Arbeiterdemokratie" und "Freiheit der Kritik". Was ist eine "Plattform"?-Eine Plattform ist eine Formulierung bestimmter politischer Auffassungen. Wenn in einer Partei prinzipielle, d.h. politische Kritik geübt werden soll, so ist es die Pflicht der Kritiker, ihre Ansichten zu formulieren, d.h. eben sie in einer Plattform zusammenzufassen. In dem das ZK "Plattformen" verbot, verbot es jede politische Kritik. Was ist eine Gruppe innerhalb der Partei? Eine Gruppe entsteht, wenn mehrere Parteimitglieder sich vereinigen, um ~~den~~ durch gemeinsames Auftreten ihren Ansichten Resonanz zu geben. In anderer Weise kann überhaupt keine "Parteidemokratie" bestehen. In dem das ZK die "Gruppenbildung untersagte, unterdrückte es in Wirklichkeit jede Parteidemokratie. So reduzierte sich schliesslich auch die "Demokratie" innerhalb der "fortgeschrittensten Elemente der fortgeschrittensten Klassen" auf jene Freiheit", wie sie eben in jedem bürokratisch-diktatorischen Regime herrscht: Für die Bürokratie die Freiheit zu befehlen, für die Massen die Freiheit zu gehorchen. Diese Resolution des X. Parteitages hat übrigens die Waffe geliefert, mit welcher seitdem jede Opposition niedergeschlagen wurde.

Schliesslich geriet die Opposition in dasselbe Dilemma. Die "demokratischen Zentralisten" wie die "Arbeiteropposition" kämpften mit vielem Mut, oft gegenüber den Verfolgungen durch die Parteibürokratie mit wirklichem Heroismus für Wirkliche "Arbeiterdemokratie". Gegenüber der "Bauernpolitik des ZK suchten sie Interessen des Proletariats zu verteidigen. Aber wo hörte ^{es} auf und begann das Bauerntum? Sapranow wollte die Sowjetdemokratie möglichst auf die Arbeiter beschränkt wissen. Auf dem VII. Sovjetkongress (Dezember 19) griff er Kalinin scharf an, weil dieser das städtische Kleinbürgertum in die Stadtsovjets hineinziehen wollte, vor denen nach Kalinin sogar die Gouvernementsexekutivkomitees verantwortlich sein sollten; die meist aus zuverlässigen proletarischen Elementen bestehen". Aber ~~die~~ verlangte hier nur die Durchführung der Sovjetverfassung. Die Exekutivkomitees werden nach der Verfassung von den Sovjets ihres Gebietes gewählt und sind diesen gegenüber verantwortlich. Wenn die Bevölkerung kleinbürgerlich ist, so ist auch die Sovjets, so auch die Exekutivkomitees. Wollte man "zuverlässige Arbeiterelemente" in letztere haben, so musste sie hineinkommandieren d.h. man musste eben jenes System der Ernennung durchführen, welches Sapranov bekämpfte. Und welche Arbeiter waren "zuverlässig"-schliesslich nur die, welche unter Kontrolle des ZK standen-also musste sich die Ernennung auf Parteimitglieder beschränken. Aber nicht alle Parteimitglieder waren zuverlässig-Sapranov selbst hatte von der kleinbürgerlich Verseuchung der Partei oft genug gesprochen-Also blieb nur die engere Wahl unter einem kleinen Kreis erprobter Parteifunktionäre, die als ernannte Kommissare die "Sovjets zu befehligen" hatten. Und dies war eben das bestehende Regime. Aehnlich ging es der "Arbeiteropposition". Sie verlangte Uebertragung der ökonomischen und damit auch politischen Macht an "die Produzenten und einen "Produzentenkongress" als höchstes leitendes Organ. Lenin antwortete ihnen dasselbe, was er einst den Menschewiki und Sozialrevolutionären geantwortet: Eure Forderungen führen in der Konsequenz zur Herrschaft der Bourgeoisie, denn der Produzentenkongress wird ein Bauern-, Kulaken- und Händlerkongress werden. Die "Arbeiteropposition" wollte keinen Bauernkongress sondern einen Proleta-

Proletariertkongress. Sie erwiderte, unter "Produzenten" verstände sie nur die gewerkschaftlichen organisierten Arbeiter. Aber die Arbeiter bilden in Russland keine von Bauern zum scharf getrennte gesellschaftliche Schicht, Bei der sozialen Struktur des russischen Proletariats konnte sich der Kongress der Arbeiter morgen in einen Kongress der Bauern verwandeln. Die Arbeiteropposition hätte daher ihre Forderung nicht als ein Programm von heute sondern als das Programm von morgen proklamieren müssen, sie musste sich als besondere Arbeiterpartei von den Bolschewiki trennen und innerhalb des "Staatskapitalismus" den Kampf für das Proletariat gegen die Bolschewiki aufnehmen. Die Arbeiteropposition wollte keine Spaltung, sie wollte die Herrschaft der Partei, sie musste daher ihre Forderung begraben.

Alle linken Oppositionen in der bolschewistischen Partei sind bis heute daran gescheitert, dass Sie Unvereinbares vereinen wollten—gleichzeitig für die Interessen der Arbeiter kämpfen und doch regierende Partei bleiben in einem Lande, wo die herrschende Partei nur die objektiven Aufgaben der Bourgeoisie erfüllen kann und wo man für die Interessen der Arbeiter kämpfen kann nur gegen die herrschende Partei.

Gegenüber aller demokratischen Versprechungen, Proklamationen, Verfassungen, Resolutionen welche die X Bolschewiki vor und nach dem Oktober in so reichen Maasse ausgestreut haben, formulierte Trotzki zutreffend als wirklich leitende Prinzip ihrer Politik: "Ueber den ~~FORMALEN~~ formalen Momenten der Demokratie steht die Diktatur der Partei" (X. Parteitag). Sinovjev wiederholte dies einfacher und deutlicher zwei Jahre später: "Die Diktatur des Proletariats — das ist die Diktatur der Partei".

D i e r u s s i s c h e K u o m i n t a n g .

"Ueber allen formalen Momenten der Demokratie steht die Diktatur der Partei". In wessen Interesse wird diese Diktatur ausgeübt, gegen welche Klassen richtet sie sich?

Sie richtet sich einerseits gegen die Bourgeoisie; die Bourgeoisie ist des Wahlrechts beraubt, sie darf sich nur unter bestimmten Bedingungen und in bestimmten Grenzen ökonomisch entwickeln usw. Aber die Diktatur richtet sich ebenso gegen die Bauernklasse; anfangs suchte die Diktatur die Entwicklung der Bauern zu Warenkäufern und Verkäufern zu unterdrücken, dann seit 1921 suchte man die Bauern wenigstens innerhalb der Schranken der einfachen Warenzirkulation festzuhalten und die Entwicklung kapitalistischer Warenproduktion zu verhindern; seit 1925 gestand man Lohnarbeit und Landpacht wenigstens in beschränktem Rahmen zu und auch dies bloss als Provisorium". Versuche, die zahllosen Bauernwirtschaften unter dem unmittelbaren Kommando der Partei zusammenzufassen, sind wiederholt gemacht worden. Das Bauerntum besitzt keine eigenen politische Klassenorganisationen, es hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die politische und ökonomische Leitung des Staatswesens, es ist ebenso Objekt der Diktatur wie die Bourgeoisie.

Aber die Diktatur richtet sich drittens auch gegen das Proletariat. Das Proletariat hat keine Koalitionsfreiheit, denn zulässig sind nur Gewerkschaften, die vom WZSPS anerkannt sind, d.h. bolschewistische Gewerkschaften diese vereinigen aber sowohl die Arbeiter wie die Industrielleiter; sie sind also keine spezifisch proletarischen Organisationen. Das Proletariat besitzt ebensowenig wie die anderen Klassen Presse- oder Versammlungsfreiheit, denn die Presse ist in der Hand der Partei monopolisiert, sie vertritt nur die Auffassungen und den Willen der Diktatur; Versammlungen stehen unter Aufsicht der Partei. Streiks sind zwar nicht "gesetzlich" verboten, werden aber als "konterrevolutionär" bezeichnet und entsprechend behandelt.

Die Diktatur richtet sich also formell gegen alle Klassen

Sie lässt keine dieser Klassen an die unmittelbare politische Macht, sie beschränkt sie alle.

Aber in wessen Interesse? Die Diktatur einer Partei ist die Diktatur ^{im} Interesse einer Klasse über die anderen Klassen. Welche Klasseninteressen verteidigt also diese Diktatur und gegen welche entgegengesetzten Klasseninteressen? Die der Bourgeoisie gegen die Arbeiter und armer Bauern? Aber die Bourgeoisie ist nur "geduldet", sie ist nur "zugelassen", ihre industriellen und kommerziellen Betriebe können jederzeit zerschlagen werden und sind bis in die allerletzte Zeit oft zerschlagen worden. Also die Interessen des Proletariats gegen die Bauern und Bourgeoisie? Offenbar ebensowenig. Sinovjev betonte auf dem XI. Parteitag "Die Interessen der Arbeiter gegen die Bauern verteidigen, das heisst sich auf dem Standpunkt der Menschewiki stellen". Oder die Interessen der Arbeiter gegen die "Industrie", gegen die Wirtschaft? Nein-denn die Bolschewiki bekämpfen das Proletariat überall, wo dieses selbst für seine eigenen unmittelbaren ökonomischen Interessen kämpft, sie fordern vom Proletariat, dass es ~~seine~~ seine "beschränkten Sonderinteressen"-nämlich Erhöhung des Arbeitslohnes, Verkürzung des Arbeitstages, Durchführung des Arbeitsschutzes im Betrieb usw. von der "Volkswirtschaft", des Staates unterordne.

Wenn also die Bolschewiki ihre Diktatur gegen alle Klassen zu richten scheinen so scheinen sie dies doch im ~~in~~ Interesse keiner bestimmten Klasse zu tun. Was ist also nach der Meinung der Bolschewiki selber der Inhalt und Zweck dieser Diktatur. ~~Die~~ Diese Diktatur antwortete Bucharin ist die Hülle für eine gewisse "Klassenzusammenarbeit", die die Einheit des gesellschaftlichen Ganzen ausdrückt" "(Bolschewik 1925 Nr.1) Das Proletariat "arbeitet zusammen" mit der Bourgeoisie, dem Kulaken, den Kleinbürgern, die Kulaken mit den armen Bauern und Landarbeiter usw.-in wessen Interesse? Im Interesse des "gesellschaftlichen Ganzen". Es ist dies eigentlich nur eine andere Formulierung dessen, was wir soeben ausgeführt haben: Im Interesse des "gesellschaftlichen Ganzen" soll jede Klasse ihren eigenen ökonomischen Interesse "Beschränkungen" auferlegen: die Nep Bourgeoisie beschränkt ihren "Wehrwolfsheiss hunger nach Mehrwert" im Interesse der von den Bolschewiki geleiteten "Regulierung der Volkswirtschaft", die Bauern beschränken d. h. sie sollen es tun, wie auch die Nepbourgeoisie dies tun sollte -ihre "Eigentümerinstinkte" die sie auf dem Weg des Kapitalismus führen würden im Interesse der "Gesamtheit", das Proletariat beschränkt seine "eigenen Zukunftsinteressen" (Arbeitslohn, Arbeitstag, bessere Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser usw.) im Interesse der "Gesamtproduktion". Die Bolschewiki aber leiten dies "gesellschaftliche Ganze", sie passen auf, dass die verschiedenen Klasse ihre Askese auch ordentlich durchführen sie vertreten die Interessen diesen "gesellschaftlichen Ganzen" gegenüber den "einseitigen", "beschränkten", "egoistischen Interessen der verschiedenen Klassen. Zwar vertritt erst Bucharin, dass auch unter diesem System der Klassenkampf fort dauere, aber fügt er hinzu, er "nimmt andere Formen an"; und ersetzt sogleich auseinander, dass diese "anderen Formen" eben bestehen in der Regulierung der Klassenbeziehungen durch die "Avantgarde", d.h. durch die Partei. "Vor der proletarischen Diktatur -für Bürgerkrieg; nach der Diktatur -für Bürgerfrieden". Die Klassengegensätze werden nun mehr ausgetragen unter dem Zeichen des Klassenfriedens-der "Klassenkampf" wird von der herrschenden Partei reguliert, so dass er dem "gesellschaftlichen Ganzen keinen Schaden mehr tun kann. Dies ist in wenigen Sätzen die Ideologie der Bolschewiki. Sie selbst nennen dies "Diktatur des Proletariats" und Aufbau des Sozialismus". Die Grundtendenz dieser Politik ist also: Die Diktatur der Partei ersetzt den früheren Klassenkampf durch "Zusammenarbeit der Klassen", sie leitet diese Zusammenarbeit, sie wird dabei nicht von den "einseitigen", "beschränkten" Interessen einer bestimmten Klasse getrieben, sondern sie "balanziert" die Interessen ~~einander~~ aller Klassen gegeneinander aus, sie stellt ein "Gleichgewicht" (bes. Bucharin liebt diesen Ausdruck) zwischen den Klassen her, indem sie selber die Interessen aller Klassen mit eigener Hand durchführt. Sie muss sich also über den beschränkten Horizont der einzelnen Klassen erheben d.h. sie ist eine Diktatur, die über den Klassen steht.

Es kann uns gleichgültig sein, wenn die Bolschewiki gegen diese Charakterisierung protestieren. Sie behaupten, sie seien die Avantgarde des Proletariats, ihre Diktatur sei die ausgesprochene Klassendiktatur des Proletariats. Aber diese "Avantgarde des Proletariats" weigert sich doch, die Interessen des Proletariats zu verteidigen - sie erklärt jeden für einen Menschewik, der solche Forderungen an sie stellt; sie fordert dass das Proletariat seine Interessen hinter denen anderer Klassen zurückstellen solle, kurz - sie steht dem Proletariat um nichts "näher" als den Bauern und Kleinbürgern, die doch ebenso wie die Arbeiter Mitglieder der Bolschewistischen Partei sind!

Zunächst sind die Bolschewiki keine proletarische Partei sondern eine Partei aller Klassen. Ueber die Klassenzusammensetzung der Partei gab auf dem XI. Parteitag folgenden Rückblick:

In den Jahren vor der Revolution, der Zeit des Gegensatzes zwischen Menschewiki und Bolschewiki "warfen uns die Menschewiki immer vor, das die Zusammensetzung unserer Partei ja garnicht proletarisch sei.. Es ist richtig, dass unsere Partei in bedeutendem Masse aus nichtproletarischen Elementen bestand; über die Hälfte in den Bolschewistischen Komitees waren Intellektuelle.. Erst nach 1922, mit dem Anschwollen der Arbeiterbewegung, erhielt die Partei einen proletarischen Charakter .. Dann beginnen 1917 die Bauern in die Partei einzuströmen, während andererseits Intellektuelle austraten. Bis dahin hatten wir noch keine Verbindung mit dem Dorfe; bis 1917 waren Bauern in der Partei noch weisse Raben... Mit dem Zustrom der Bauern bekamen wir die "Bauernkommunisten" oder solche, die sich dafür hielten, ohne es zu sein... Die Oktoberrevolution führte uns in die Bauernschaft ~~zu~~ zu, die trotz ihrer subjektiven Ueberzeugung faktisch keine Kommunisten sein konnten, und die in die Partei eine ganze Menge kleinbürgerlicher Auffassungen hineinbrachten.. Von 1917 bis 1922 hat sich also eine ausserordentliche starke Umgruppierung in der Partei vollzogen. Die daraus entspringenden Gefahren sind nicht zu leugnen - Wir müssen immer wieder die Frage nach den Beziehungen der Partei einerseits ~~zu~~ zum Proletariat, andererseits zum Bauerntum aufwerfen "Sinojew beantwortete diese Frage in der schon angegebenen Weise: das Proletariat habe zwar die "Führung" des Bauerntums, es dürfe aber nicht seine Interessen über die des Bauerntums stellen, was Menschewismus wäre. Die Partei muss die Interessen beider Klassen gegeneinander balanzieren.

Damit ist der Prozess der "Umbildung" aber nicht erschöpft: Unsere Partei - fuhr Sinojew fort - hat das Monopol der Legalität. Daher kommen zu uns sehr viele Elemente die sich sonst den Menschewiki oder Sozialrevolutionären angeschlossen hätten. Dies ist unvermeidlich. Der junge Bauer, der durch die Schule der Roten Armee gegangen ist, der städtische Kleinbürger, der deklassierte Arbeiter - alle diese Elemente, wenn sie am politischen Leben aktiv teilnehmen wollen, stossen auf die Barriere der Kommunistischen Partei. Sie sehen bei jedem Schritt, dass sie auch am wirtschaftlichen Leben nicht teilnehmen können ohne so oder so in Beziehungen zur RKP zu kommen - und sie treten erst mit einem, dann mit beiden Beinen in die Partei ein und halten sich für Kommunisten. Dieses Eindringen von Elementen, die unter anderen Bedingungen absolut keine Kommunisten geworden wären, wird noch lange Zeit fort dauern. Es ist schwer, diese Elemente aus der Partei zu entfernen oder sie auch nur in ihr aufzufinden, denn dies brauchen gar keine uns feindlich gesinnte Elemente zu sein, sondern eben bloss Leute, die sich selber nicht klar sind. Dieses Element gibt unserer Partei ein solches Aussehen, als ob wir zwei Parteien in einer hätten. Es ist wahr, dass dies die Partei in ~~in Gefahr bringt~~ verwässert und in Gefahr bringt zu entarten (russ. pereroschdenii - in eine andere Gestalt hinüberzuwachsen) "So biete die Partei im ganzen das Bild eines "sehr Merkwürdigen buntscheckigen Mosaiks"

Sehen wir uns an, wie sich dieses "merkwürdige buntscheckige Mosaik" in der Parteistatistik ausnimmt. Um Missverständnisse und scheinbare Widersprüche zu vermeiden sei von vornherein bemerkt, dass in dieser Statistik nach zwei verschiedenen Gesichtspunkten verfahren wird, Einmal werden die Mitglieder gezählt nach ihrer "sozialen Herkunft". Wer z.B. aus dem Proletariat hervorgegangen, wird als Arbeiter eingetragen, auch wenn er etwa die Stelle eines Trustdirektors oder hohen Staats-

beamten bekleidet. Auf deutsche Verhältnisse übertragen würde dies also bedeuten, dass der "kleine Metallarbeiter aus Bielefeld", Herr Reichsminister Severing, oder Herr Oberpräsident Noske, Herr Reichspräsident Ebert usw. als "Proletarier" zu registrieren wären. Es versteht sich, dass eine solche Statistik kein brauchbares Bild der wirklichen Klassenzusammensetzung gibt. Die zweite Methode ist, als "Arbeiter" nur die "Arbeiter vom Schraubstock" zu zählen, eben entspr. die Bauern usw. - also nach der Art der wirklichen Beschäftigung. Wir benutzen im folgenden nur diese Zählung, die naturgemäss ein weit zuverlässiges Bild gibt.

Wie stark sind also die Arbeiter aus dem Betrieb vertreten? In der Partei? Die erste Parteizählung nach der Machteroberung, vorgenommen in der zweiten Hälfte 1920 ergab folgende Zusammensetzung der Partei (Die folgenden Daten sich auf 31 Gouv. der RSFSR von insgesamt 47; es fehlen Sibirien, Turkestan, Nord- und Transkaukasus, Ukraine; zugrunde liegen die Angaben über 75% aller Mitglieder in diesen 47 Gouv. der RSFSR - man kann also damit rechnen, dass der Tendenz nach die Zusammensetzung der Gesamtpartei von diesen Zahlen nicht wesentlich abweichen wird; Nach Russische Korrespondenz 1921 Heft 7/9 S. 815 ff)

Nach der "Art der Beschäftigung" fielen 37% der Parteimitglieder auf Staatsbehörden, 22% auf die Rote Armee, (worin sie zum grösseren Teil führende Stellen innehalten - nämlich 4% Kommandeure und polit. Kommissare 7% Verwaltungsapparat, 11% Rotarmisten und "Kursanten" d.h. Offiziersanwärter - zusammen 59%. In der Industrie beschäftigt waren 11%, im Transportwesen 7%, in der Landwirtschaft 5%, im Handwerk 2%. Im Partei- und Gewerkschaftsapparat zusammen 7%. 9% waren nicht festzustellen. Insgesamt waren von den Parteimitgliedern "mit physischer Arbeit" beschäftigt "nur ein Fünftel aller Parteimitglieder" = 21%, wobei Handwerk, Industrie, Transport, Landwirtschaft - also Proletarier, Bauern und Kleinbürger zusammengezogen sind. Als eigentliches Proletariat können nach Angaben des Artikels nur 14% gerechnet werden. Vier Fünftel der "proletarischen Avantgarde" bestehen aus Angestellten und Beamten, sie sind "Apparat", Bürokratie. Dies war die Zusammensetzung der Partei zu jener Zeit, als diese im Namen der proletarischen Diktatur und kraft ihrer Vollmacht als "proletarische Avantgarde" den Belagerungszustand über das Proletariat verhängte. Im Sommer 1923, z.Z. der grossen Parteidiskussion und nach den Sommerstreiks zählte die Partei 17-18% Arbeiter aus dem Betriebe. Die Opposition schlug Alarm nach Lenins Tode, Anfang 1924, veranstaltete das ZK eine grosse "Kampagne" für Eintritt von Arbeitern aus den Betrieben in die Partei. Im Verlauf dieses "Leninschen Aufgebots" ("Leninski prisyv") stieg dann die Zahl der proletarischen Mitglieder auf etwa 40% und diese Höhe hat sie bis heute wesentlich nicht überschritten. Am 1. Juli 1928 betrug die Gesamtmitgliedschaft (Mitglieder + Kandidaten) letztere haben übrigens die gleichen Rechten und Pflichten wie die Vollmitglieder - einschl. der Mitglieder bei Handels- und Politischen Vertretungen im Ausland und in der Roten Armee - 1 418 000 ohne Rote Armee und Ausland: 1 317 000. Davon waren Arbeiter im Betriebe 535 000 d.h. etwa 37% der Gesamtzahl.

Die Zahl der Bauern-Mitglieder, die wirklich Landwirtschaft betreiben, betrug am 1.1.28. 117 467. 40% aller Parteimitglieder in den ländlichen Parteiorganisationen waren Beamte und Angestellte. Die eigentliche bäuerliche Mitgliedschaft selbst enthält aber wieder die heterogensten Elemente. Bolschewik (1928/nr.9) machte darüber folgende Angaben: "Die Parteizählung zeigt das Vorhandensein sog. "wirtschaftlich-erstarkter Kommunisten", von denen manche schon in das reiche Bauerntum hinüberwachsen. Um den Anteil dieser Elemente an den Dorforganisationen festzustellen wurde 1926 eine Spezialuntersuchung vorgenommen. Untersucht wurden 87 Zellen mit 1352 Mitgliedern. 241 Mitgl. = 17% waren "wirtschaftlich erstarkte Kommunisten" d.h. reiche Bauern). Für einige Gebiete stellt sich dieser Prozentsatz noch beträchtlich höher. Eine Untersuchung von 15 Parteizellen in Sibirien, 1927 vorgenommen, ergab 49% "wirtschaftlich erstarkte". Von dem gesamten Ackerland, Inventar usw. das sich in den Händen aller Parteimitglieder der untersuchten Zellen befand, war in Hand dieser 49% "Erstarkter" konzentriert. Maschinen - 95%, Saatfläche 77%, 8%, Vieh 72%. Im Wologodsker Gouv. wurden 986 bäuerliche Parteimitglieder untersucht, 23% davon wandten Lohnarbeit an. In der Witebsker Organisation gehören 5% der bäuerlichen Parteimitglieder zu den reichen Bauern. Die Hauptmasse der kommunistischen Bauern führt Privatwirtschaft und ist der "Kollektivisierung" durchaus abgeneigt. Nur 6,2%

aller in der Landwirtschaft tätigen Parteimitglieder gehören Kollektivwirtschaften ("Kolchosy") an. Sehr gross ist unter diesen Parteimitgliedern der Prozentsatz, der neben seiner Landwirtschaft Nebeneinnahmen bezieht, und zwar meist aus bezahlten öffentlichen Funktionen. Dafür werden in der eigenen Wirtschaft Lohnarbeiter beschäftigt... Es folgen dann eine Reihe von Beispielen, wie "wirtschaftlich erstarkten Kommunisten", d. h. reiche Bauern mit Parteibillet, der Organisation von Kolsochys und sonstiger Vergenossenschaftung der armen Bauern direkt entgegen arbeiten. Z. B. "In einem Dorfe organisieren arme Bauern eine Maschinengenossenschaft. Die Parteimitglieder, an der Spitze der Zellensekretär, fürchten, dadurch ihre bisherigen Einnahmen aus Verleih der Maschinen zu verlieren; sie erzwingen die Auflösung der Genossenschaft. In einem anderen Orte treten die Parteimitglieder gegen die Bildung einer bäuerlichen Produktivgenossenschaft auf, weil die armen Bauern ja doch nur Lumpen und Hungerleider seien, die man nicht zu unterstützen brauche." Diese Untersuchungen ergeben jedenfalls, dass ein beträchtlicher Teil der "kommunistischen Bauern" aus kleinen Kapitalisten besteht. Der Eintritt in die Partei bildet für sie die Brücke zu allen möglichen bezahlten Posten - Parteisekretäre, Sovjetvorsitzender usw. - und ermöglicht ihnen, ihre Machtstellung gegenüber dem Kleinbauertum und dem Landproletariat gewaltig zu verstärken durch den Einfluss ihrer Parteifunktion, die sie selbstverständlich im Interesse ihrer Klasse, des reichen Bauerntums, verwenden.

Die Zahl der Angestellten und Beamten in der Partei beträgt 461 200, sie erreicht also nahezu die der Arbeiter im Betriebe (deren Zahl 535 Tsd.). Dabei sind in dieser Zahl - 461 Tsd. - nicht eingerechnet die 100 Tsd. Mitglieder im militärischen, politischen, administrativen Apparat der Roten Armee, sowie die zahlreichen Angestellten in den Handels- und politischen Vertretungen im Auslande. Diese zugerechnet, dürfte die Zahl der "Apparat" Mitglieder 500 Tsd. weit übersteigen.

Wir haben es also in der Tat mit einer Partei aller Klassen zu tun. Charakteristisch ist nun auch die Art und Weise, wie sich der Eintritt in die Partei bei den verschiedenen Klassen vollzieht. Bis 1924 hielt sich der Prozentsatz der proletarischen Mitglieder etwa auf der Höhe die er 1919 erreicht hatte. Das zahlenmässige Wachstum der Partei verstärkte vor allem die "Apparatleute". 1924 bekam man Angst, man veranstaltete eine grosse "Kampagne", in deren Verlauf mehrere Hunderttausend Arbeiter in die Partei eintraten. Dann erneute die Stagnation. Bis 1927 war der Anteil der Arbeiter auf 38,7% (wovon etwa 1-1,5% Landarbeiter abzurechnen sind) gesunken. Im Oktober 27 beschloss das ZK, die Zahl der proletarischen Mitglieder in den nächsten Jahren auf 50% zu bringen und die Aufnahmen von Angestellten usw. einzuschränken. Die "Pravda" wies aber darauf hin, dass dieser Beschluss ^{Kaum} durchführbar sei: "Die Hauptursache, welche die Zunahme der Arbeiterelemente hindert, ist der Widerspruch in den die Parteiorganisationen notwendig geraten müssen, wenn sie einerseits den Zustrom des nichtproletarischen Elements beschränken sollen - andererseits aber vor der Notwendigkeit stehen, Parteimitglieder für die Arbeit auf dem Dorfe, im Staatsapparat, in den Schulen, ^{an Universitäten} zu gewinnen also Bauern, Studenten, Angestellte aufzunehmen. Und je aktiver diese Elemente sind, desto grösser ihr Andrang zur Partei" (Pravda 1928 Nr. 270) In der Tat hat sich diese Resolution bis heute nicht durchführen lassen. Ihr zu Folge bis zum 1. 1. 1930. jedes Halbjahr aufgenommen werden etwa 120 Tsd. neue Mitglieder, wovon ca. 80% Arbeiter, 20% Bauern + Angestellte + "Sonstige" sein sollen. Der wirkliche Zugang betrug aber: 1. Halbjahr 27 Arbeiter 53%, alle anderen 47%, 11. Halbj. 27. Arbeiter 71% (Dies war zur Zeit des "Oktoberaufgebots") - alle anderen 29%. 1. Halbjahr 28 Arbeiter - 62% - alle anderen 38%. In der Tat ist es für die Bolschewiki auch ganz unmöglich, das Angestellten- und Beamtenelement zugunsten der Arbeiter zurückzusetzen. Der Schachtyprozess und eine Reihe ähnlicher Affären der Zeit haben ihnen demonstriert, dass der Anteil der Partei an der Besetzung speziell der technischen Stellen in der Industrie, in den technischen und wissenschaftlichen Instituten, höheren Schulen usw. verschwindend gering ist. Infolge dessen hat man seit Sommer 28 mit "Massentaufen" von Spezen begonnen; diese unentbehrlichen Leute werden jetzt scharenweise in die Partei hinein geschleudert. Die Pravda zieht aus den bisherigen Versuchen die "soziale Zusammensetzung der Partei zu verbessern", folgenden

Fazit : Der Zustrom von Arbeitern in die Partei vollzieht sich fast ausschliesslich

gelegentlich der grossen Kampagnen, die von Zeit zu Zeit veranstaltet werden (und die "mehr darauf berechnet sind, zu betäuben als aufzuklären" wie einer der Delegierten auf der letzten Redakteurkonferenz im Sommer erklärte) "Nach Ablauf einer solchen Kampagne stagniert dann der Zuffuss von Arbeitern". Andererseits haben solche Kampagnen regelmässig verstärkten Zustrom nichtproletarischer Elemente zur Folge, womit "die notwendige Proportion wieder gestört werde". Im allgemeinen ist der Zugang von Angestellten, Beamten etc ein ziemlich kontinuierlicher. Für diese Leute ist natürlich der Eintritt in die Partei das Sprungbrett zu allen möglichen Posten, genau wie für die "wirtschaftlich erstarkten Kommunisten auf dem Lande. Die offensichtliche Tatsache, dass die Arbeiter offenbar keinen allzugrossen Drang zum Eintritt in die Partei verspüren, hat die Pravda veranlasst, eine Umfrage einerseits unter Parteifunktionären, andererseits unter parteilosen Arbeitern zu veranstalten. Aus den zahlreichen Antworten der letzteren seien hier einige angeführt (Pravda 263/1928): "Wenn die Partei alle Karrieristen hinaus werfen würde, dann würde ich auch eintreten". - "Die Parteimitglieder geben den Parteilosen ein schlechtes Beispiel, sie trinken, kämpfen angeblich gegen die Religion und gehen selbst in die Kirche, sie führen selbst die Parteidirektiven nicht durch". - "Wenn Parteimitglieder sich etwas zuschulden kommen lassen, müssten sie bestraft werden wie Parteilose, das geschieht aber nicht. Unter den Arbeitern heisst es - Ja, Parteimitglieder bestraft man nicht". - "Sobald man auf Versammlungen die Bürokraten oder Parteimitglieder angreift, wird die Diskussion abgebrochen, die Wahrheit darf man nicht sagen, sonst heisst es gleich Du bist ein Menschewik". - "Bei Besetzung öffentlicher Funktionen werden die Parteilosen hinter den Parteimitgliedern zurückgesetzt. Die Zellen kümmern sich nicht um die Parteilosen". "Man sieht die Parteilosen über die Achsel an". - "Die Parteimitglieder sind in den aktuellen politischen usw. Fragen nicht unterrichtet, viele lesen nicht einmal die Zeitungen; man klärt uns nicht auf, weil die Parteimitglieder selber nichts wissen, viele können nicht einmal auf die einfachsten Fragen antworten. Ich habe noch nie einen Fall erlebt, wo es einem Parteimitglied gelungen wäre, einem Parteilosen in irgend einer Frage von der Richtigkeit des Parteistandpunktes zu überzeugen. Unsere Zelle nimmt gegenüber den Parteilosen eine Verteidigungsstellung ein, für politisches tut man nichts, Aufklärung erhalten wir keine". - "Die offenen Parteiversammlungen, welche die Arbeiter erziehen sollte, werden sehr schwach besucht. Von einer Belegschaft von 600 Mann sind nur 3-5 dort. Die Partei fordert die Parteilosen auch garnicht zur Teilnahme auf". - "Man hatte uns zu einer offenen Zellenversammlung geladen. Verhandelt wurden zwei rein propagandistische Fragen. Dann schickte man uns fort, warum lädt man uns erst ein, wenn wir der Versammlung nicht bis zu Ende beiwohnen sollen; dann verzichten wir lieber auf die Teilnahme." "Man soll die Aufnahme in die Partei nicht von Examina abhängig machen, bei denen die Examinatoren die gestellten Fragen oft selbst nicht beantworten können. Abstimmung in der Mitgliederversammlung müsste genügen".

Die Parteimitglieder antworten auf die Rundfrage u. a.: "Einer der Hauptmängel ist der "Kampagnencharakter" der Aufnahmen. Nach Eintreffen entspr. Anweisungen des ZK belebt sich die Parteiarbeit etwas, dann schläft sie wieder ein". Die Fluktion unter den Mitgliedern ist sehr gross, so dass trotz vieler Aufnahmen der Mitgliederbestand stagniert. Aufklärungsarbeit in den Arbeiterkasernen fehlt. Frauen treten ungern ein. Manche Frauen würden gern eintreten, aber ihre Männer verbieten es..."

Erinnert man sich noch jener Geständnisse der Pravda: "Wir geben den Arbeitern nicht mal ein Minimum an politischem Wissen; eine tägliche Propaganda unserer Ideen im Betrieb haben wir nicht" - so ist wohl klar welche Rolle die Arbeiter in der WKP spielen: sie sind lediglich "Material", Objekt des Apparates, um der Parteibürokratie, welche die Hauptmasse dieser Organisation ausmacht, Einfluss auf das Proletariat zu sichern. Sie bestimmen nicht die Politik der Partei - denn das wäre ja "Menschewismus" - sie werden von ihr bestimmt; sie haben nichts zu sagen, sie haben zu gehorchen.

Das eigentliche politische Leben ist konzentriert im "Apparat". Dieser Apparat ist nun wieder ein ebenso "merkwürdiges buntschekiges Mosaik" wie die ganze Parteimitgliedschaft. Er besteht erstens aus den eigentlichen Parteibeamten, deren Zahl schon recht beträchtlich ist., dann die Industriebeamten (Direktoren der Fabriken, Truste, ~~SIA~~ Syndikate etc)-deren Aufgabe es ist, die "sozialistische Akkumulation" zu beschleunigen"; dann andererseits die Gewerkschaftsbeamten, die umgekehrt die Pflicht haben, die Arbeiter gegen die sozialistische Akkumulation zu "verteidigen"; dann die Genossenschaftsangehörigen, die einerseits gute Kaufleute sein sollen um den Reingewinn der Kreditgenossenschaften zu steigern, andererseits selbstlose Freunde der armen Bauern-einerseits die Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaften befördern, andererseits verhindern sollen, dass sie sich bis zum reichen Bauernwirtschaft entwickeln. Alle Teile dieses Apparats widersprechen einander in ihren Aufgaben- und diese Widersprüche erhalten wiederum ihre "Versöhnung" im eigentlichen Parteiapparat, d.h. indessen leitenden Instanzen. Die Parteikomitees in den Gouvernements und oben an der Spitze das Politbüro des ZK "lösen", "gleichem aus "vereinigen" innerhalb des Apparats, alle diese Widersprüche welche ~~nicht~~ selbst doch nur die realen Klassengegensätze widerspiegeln. damit der Parteiapparat diese Aufgabe bewältigen kann, muss er in der Tat über den Klassen stehen. Er muss in gleicher weise zu würdigen wissen die Akkumulationsinteressen der Industrie wie die ökonomischen usw. Forderungen der Arbeiter, die Profite des Staatshandels, die Preisforderungen der Bauern - und die Interessen der Konsumenten. Er muss die Interessen aller Klassen in sich zusammenfassen und in sich zur Lösung bringen, um zu verhindern, dass sie realiter zwischen den Klassen ausgetragen werden. Dieser Parteiapparat selbst aber soll nach der Theorie der Bolschewiki in seinen Handlungen bestimmt werden nur durch seine wissenschaftliche Einsicht in den Gang der geschichtlichen Entwicklung. Er soll diese seine höhere Erkenntnis den verschiedenen Klassen aufprägen und diese durch politische Erziehung umwandeln, bis in einem ferneren Zeitpunkt, nach einem langen Erziehungsprozess durch die führenden revolutionäre Partei, die Massen in der Lage sein würde, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Das Mittel, um diese Erziehung wirksam zu machen, ist die Konzentration der politischen Macht in der Hand des Apparats.

Der Grundgedanke dieser Auffassung, von Lenin, Bucharin, Stalin etc unzählige Male ausgesprochen, ist keine Originalerfindung der Bolschewiki. Er findet sich bei allen revolutionären Parteien, welche den Versuch unternahmen oder unternahmen wollten, den Klassenantagonismus in der Gesellschaft aufzuheben, ohne schon die materiellen Entwicklungsbedingungen dazu vorfinden. Sie alle gerieten in denselben Konflikt, dessen Entwicklung in der Politik der Bolschewiki nach dem Oktober wie bisher geschildert haben: einerseits wollten sie alle Unterdrückung und Ausbeutung aufheben und volle Demokratie der Massen herstellen- andererseits mussten sie sich gestehen, dass die Voraussetzungen für eine solche Demokratie noch nicht vorhanden seien, dass diese Demokratie aller Wahrscheinlichkeit nach nur dazu führen würde, das eben gestürzte Regime wieder an die Macht zu bringen. 1795/96 suchten Grachus Babeuf und Filippo Buonarrotti noch einmal das Feuer der Revolution anzufachen "Die Revolution ist nicht beendet-rief Babeuf-denn die Reichen eignen sich alle Güter und die Macht an, während die Armen sich plagen müssen... und an der Verwaltung des Staats nicht im mindesten teilnehmen.. In der wahren Gesellschaft darf es weder Arme noch Reiche geben" Babeuf wollte die bürgerliche Revolution der Franzosen hinaustreiben zur Revolution der "Werkstätigen", zur Herrschaft und Freiheit der arbeitenden Massen. Buonarrotti aber warf die Frage auf : "Die Erfahrungen der französischen Revolution... zeigten zu Genüge, dass ein Volk, dessen Ansichten sich unter der Herrschaft der Ungleichheit und des Despotismus gebildet haben, wenig geeignet ist, bei einer revolutionären Neugestaltung durch Abstimmung die Männer zu wählen, die imstande sind, die Revolution zu leiten und zu vollenden" Er kam daher zum Schluss, dass man zunächst grade um der Demokratie willen zunächst auf Demokratie verzichten müsse "Vielleicht müsste man bei Beginn der politischen Revolution ,grade aus Achtung vor der wirklichen Demo=

Demokratie, weniger auf die Wahlzettel sehen, als auf, die oberste Gewalt in weise und starke revolutionäre Hände zu legen". Daher müssen die politische Macht in der ersten Etappe nach der Revolution zunächst in Händen eines Zentralausschusses liegen, der mit diktatorischer Vollmacht bekleidet, alle neuen revolutionären Organe leiten und überwachen solle.

Fast wörtlich wiederholte ein halbes Jahrhundert später August Blanqui - ein Schüler Buonarottis - diese Gedankengänge: die Erfahrungen von 1789-96 wie die von 1848 hätten gezeigt, dass Demokratie nach der Revolution nur den eben gestürzten herrschenden Klassen zugute käme. das Proletariat verstände seine Macht noch nicht zu gebrauchen, es müsse erst dazu erzogen werden. Diese Erziehung sei die Aufgabe einer diktatorischen Regierung die durch ihre Massnahmen erst jene Bedingungen schaffen solle, unter welche eine wirkliche Massendemokratie wirksam werden könnte.

Ganz ähnliche Gedanken findet man in einem Briefe Lassalles an Marx (F. Lassalle Nachgelassene Briefe und Schriften her. von G. Mayer dritter Band 1922 S. 151 f.) Sunjatsen endlich hat einen ganzen Plan ausgearbeitet nach welchem sich die Revolution vollziehen sollte, um schliesslich zur wirklichen Demokratie für die Masse und zum "Sozialismus" zu führen. Zunächst die Periode des Krieges - d.h. der Eroberung und Befestigung der politischen Macht. Auf diese solle dann die Periode der "Erziehung" folgen, denn da die Massen noch nicht reif seien, um unmittelbar selber die Macht zu übernehmen - die Erwägungen Sunjatsens sind hier ganz ähnliche denen Babeufs und Blanquis - so muss sie dazu erst durch die führende Partei der Revolution erzogen werden. Erst nach dem sich den Köpfen der Massen eine völlige Umwandlung vollzogen habe, könne ihnen volle Demokratie "gewährt" werden - um Bucharins Ausdruck zu gebrauchen.

Es ist kaum noch nötig, die Parallele zur Auffassung der Bolschewiki zu ziehen. Die ganze Theorie der Bolschewiki ist beherrscht von diesem Gedanken der Erziehung der Massen durch die Partei. Die Partei "erzieht" die Arbeiter vermittelt der Gewerkschaften, die Arbeiter "erziehen" die Bauern. Die Arbeiterklasse.. ist bestrebt, die Bauern zur Selbstumwandlung zu bewegen, sie (die Bauern) zu sich selbst (zu den Arbeitern) zu erheben". (Bucharin) In seinen letzten Schriften wiederholt und variiert Lenin beständig den Gedanken: Die politische Revolution haben wir vollbracht, politische Macht haben wir soviel, wir wollen, - was jetzt noch zutun bleibt ist die "kulturelle Revolution", die "Erziehung der Massen" - dies sei eben die Aufgabe der Bolschewiki.

Allen diesen Parteien gemeinsam ist, dass sie sich ihre Aufgabe - die Beseitigung des Klassengegensatzes in einer Situation stellten, welche die Lösung dieser Aufgabe noch unmöglich machte. Wenn Blanqui, Babeuf, Lenin zu dem Resultat kamen: Ueberall in der Geschichte hat die Demokratie nach dem Umsturz nur den ausbeutenden Klassen wieder zur Macht verholfen; niemals hat das Proletariat bisher die politische Macht in seinen eigenen Interesse zu brauchen gewusst so hatten sie ohne Zweifel Recht. Aber jene Revolutionen, von denen sie sprachen, fanden ein Proletariat vor, das sich erst in den Anfangsstadien seiner Entwicklung befand, sich kaum erst als besondere Klasse aus dem Bauertum und Kleinbürgertum herauszukristallisieren begann und in seiner Ideologie noch ~~da~~ durchaus von den Auffassungen dieser Klassen beherrscht war, die noch die Hauptmasse der Bevölkerung ausmachten. Unter diesen Umständen muss natürlich die "revolutionäre Demokratie" in ihrer Praxis immer kleinbürgerliche Demokratie sein und die Kleinbürgerdemokratie nur die Übergangsstufe zur Diktatur der Bourgeoisie, in dem diese Revolutionäre dem "Volk" oder dem "Proletariat" seine "Unreife" zur eigenen, unmittelbaren Herrschaft attestierten, sprachen sie nur die Unreife der gesellschaftlichen Verhältnisse für die Diktatur des Proletariats aus.

Babeuf und Blanqui, Lenin und Sunjatsen suchten dieser Konsequenz - hierin stimmen sie bei allen sonstigen Unterschieden überein - auszuweichen, indem sie die politische Macht in den Händen einer abgesonderten Kaste legten, die vermittelt ihrer höheren Einsicht in den Gang der Geschichte der Massen "erziehen" sollte, bis diese sozusagen "mündig" geworden wären. Wenn die Babouvisten